

Herrenalb 6.7.2015

Tagung: Hartz IV Exportmodell für Europa ?

Grundsicherung für Arbeitsuchende: Einflüsse aus europäischen Staaten und Rückwirkungen auf die Entwicklung in Europa.

Helga Spindler

1. Einflüsse aus europäischen Staaten

Zum Beginn möchte ich die Frage umgekehrt stellen und aus meinen Beobachtungen beantworten: **Ist nicht Hartz IV ein Import aus Europa ?**, -genau so wie die wirtschaftliche Austeritätspolitik, die übermäßige Hoffnung auf die Entfaltung eines Binnenmarktes, der alle sozialen Probleme lösen soll ?

Im Zusammenhang mit Europa möchte ich warnen, gerade die Sozialpolitik nur deutschlandzentriert zu sehen und aus der Kritik an den nationalen Verhältnissen, die sich immer auch an den vorher entwickelten nationalen Standards misst, Europa vor deutschen Modellen zu warnen.

Im Vergleich zu den Standards in vielen anderen europäischen Ländern, ist Deutschland mit seinem sozialen Rechtsstaat immer noch so entwickelt, dass für manche- darunter auch Griechenland- , ein flächendeckend funktionierendes Hartz IV - System mit gerichtlicher Kontrolle ein geradezu einmaliger Fortschritt in der Geschichte wäre. Die Kritik in Deutschland ist ja stark geprägt vom Vergleich mit dem vorherigen Zustand: Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe mit regulär oder annähernd regulär entlohnten Beschäftigungsverhältnissen in der Arbeitsförderung (ABM ,Hilfe zu Arbeit), Einhaltung menschenwürdiger, z.T. statusorientierter Zumutbarkeitsregeln, kein systematisches „Unter- Drucksetzen“ der Leistungsbezieher .

Nach meinen Untersuchungen zur Entwicklung der Hartz Gesetze heißt meine Antwort auf die Eingangsfrage: Ja, vieles kommt aus Europa.

Das deutsche Sozialsystem hat sich erst verändert, als sämtliche Aufgaben, d.h. Existenzsicherung, Beschäftigungsförderung, soziale Hilfen aller Art dem aktivierenden Wohlfahrtsstaat und der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik unterworfen wurden.(Dazu im Überblick: Spindler. Kapitel 6: Der aktivierende Sozialstaat und sein Verhältnis zur Existenzsicherung, S. 72-82 : Berlitz u.a.: Existenzsicherungsrecht, Handbuch 2.Aufl. Nomos 2013) .Und das war keine deutsche Erfindung.

1a) Beschäftigungspolitik ist nämlich seit 1997 zum Gegenstand einer gemeinschaftlichen Abstimmung geworden.(so Art. 145-151 AEUV Vertrag über die Arbeitsweise der europäischen Union.) Eberhard Eichenhofer, ein glühender , aber auch kritikloser Verfechter europäischer Beschäftigungsstrategien, der besonders bei Gewerkschaftstagungen häufig zu Gast ist, charakterisiert das folgendermaßen: (alle Folgezitate aus: Eichenhofer, Recht des aktivierenden Wohlfahrtsstaates, Nomos 2013)

„Der Binnenmarkt ist primär ein Instrument, um damit Prosperität und so die wirtschaftlichen Voraussetzungen für sozialen Schutz und Ausgleich hervorzubringen,. Der Binnenmarkt steht aus diesem Grund zentral im Dienst sozialpolitischer Zwecke und Ziele. „ (a.a.O.S. 21)

Und weiter zur europäischen Beschäftigungsstrategie: Sie bezweckt die Beschäftigungspolitik zu koordinieren, analysieren überprüfen und an gemeinsamen Zielen auszurichten. Die Beschäftigungsstrategie „ soll Marktwirtschaft ausformen und Vollbeschäftigung sichern. Sie strebt die Flexibilität der Arbeitsplätze bei gleichzeitiger sozialer Sicherung der Beschäftigten

(Flexicurity) an. Sie versucht damit, die Bedingungen zu umschreiben, damit neue Beschäftigung entstehen kann. Ihre Ziele sind ausgerichtet auf eine Senkung der Jugendarbeitslosigkeit, Reformen des Sozialleistungs- Steuer- und Bildungssystems [! , meint Hinweis der Verf., sich diese Vorschläge genau anzusehen] hin zu mehr Beschäftigung, Förderung aktiven Alterns und lebenslangen Lernens, Ausgleich von Arbeitsmarktverwerfungen, Anregung von Unternehmensgründungen und die Förderung einer flexibleren Arbeitsorganisation durch befristete Arbeitsverhältnisse, Projekt- Teilzeit- und Leiharbeit [!].... Konkrete Folgerungen sind aus einer solchen Strategie sind: Ausweitung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer, die Erhöhung der Zahl der Arbeitsmarkteteiligen,[! auf Teufel komm raus, die Verf.] sowie Bekämpfung der Armut“ und zwar auf einem bevorzugten Weg, nämlich dem durch Integration in den Arbeitsmarkt. In diesem „European Work –first Welfare State“ (2008) geht es dann „um Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit (employability), Stärkung des Unternehmergeistes (entrepreneurship) Verbesserung der Anpassungsfähigkeit aller Marktteilnehmer an gewandelte Verhältnisse (adaptability) und Erhöhung der Beschäftigungschancen unterrepräsentierter Gruppen (Frauen, Familien, Ältere und Behinderte, Ausländer)“.

In der EU -Agenda zur Sozialpolitik vom 28.6.2000 , der Lissabon Strategie, sei die Ausweitung der Beschäftigung als zentrales wirtschafts- und sozialpolitisches Ziel formuliert worden. Da ist dann u.a. lebenslanges Lernen (life long learning) und ein Steuer und Sozialleistungssystem angestrebt, von dem Anreize zur Erwerbsarbeit und -aufnahme ausgehen (make work pay.), um zu verhindern, dass es wirtschaftlich attraktiver ist, Sozialleistungen zu beziehen statt einer Erwerbsarbeit nachzugehen (*Davon, dass Erwerbsarbeit attraktiver gemacht werden soll, ist leider nicht die Rede*). Die Impulse kamen aus der OECD und „beschäftigungspolitisch erfolgreichen Mitgliedsstaaten“ wie Niederlande, Dänemark, Frankreich und Großbritannien. (alles a.a.O. S.22, 23)

Grundidee ist, die Wirtschaft, der entfaltete Binnenmarkt soll die soziale Wohlfahrt fördern. Das heißt aber, es besteht eine starke Fixierung auf Wettbewerbsfähigkeit und Entfesselung des Marktes als Grundlage für die Herstellung sozialer Sicherheit.

I b)

Die EU beschäftigte sich in der Folge sehr mit **innerer und äußerer Flexibilisierung**, also gerade auch Unsicherheit im Arbeitsverhältnis zuzulassen, aber irgendwie absichern. Und bei dem „irgendwie“ ist es auch geblieben. (Vergl. „Gemeinsame Grundsätze für den Flexicurity-Ansatz herausarbeiten: Mehr und bessere Arbeitsplätze durch Flexibilität und Sicherheit“ Europäische Kommission 2007)

Es gibt viele verschiedene Formen der Flexibilisierung, die von Arbeitsrechtlern und Gewerkschaften diskutiert und teilweise mitgestaltet werden. Dahinter verbirgt sich z.B. das „Vereinfachen“ der Kündigungsschutzregeln durch schlichte Abfindungsregeln, (Stichwort: bessere Kalkulierbarkeit statt Richterkontrolle) Die Europäische Kommission spricht ganz unverfänglich von: „Bekämpfung der Segmentierung von Arbeitsverträgen“ (a.a.O Anhang 1, Option 1), wozu auch die unbefristeten Verträge neu gestaltet werden müssten. Aber auch Abschaffung von Kündigungsschutz bei anschließend zeitweise hoher Arbeitslosenunterstützung wie in Dänemark ist eine Option.

Weitere Vorschläge zu **innerer Flexibilisierung in Stichworten:**

Teilzeit, Abrufverträge, die weitgehende Arbeitsumschichtungen ermöglichen . Damit arbeitet z.B. auch die Leiharbeit systematisch. Aus Großbritannien ein aktuelles Beispiel: 1,8 Millionen arbeiteten dort zuletzt in „0 Stunden-Verträgen“, d.h. der Arbeitgeber kann nach Einstellung jeden Monat bestimmen, wie viele Arbeitsstunden er abrufen und dann

auch bezahlt. Ein Paradies für die internen Flexibilisierer ! Aber langsam so unbeliebt, dass selbst Cameron im Wahlkampf meinte, sich darum kümmern zu müssen. Aber auch das beliebte Steuern durch Kennzahlen, der betriebsinterne Wettbewerb, Akkord und Prämienelemente gehören dazu.

Aber damit ist man heute nicht mehr zufrieden

Es geht noch mehr um **äußerer Flexibilisierung**:

Es erfolgt Outsourcing, Betriebsübergang auf nichttarifliche, kleinere, scheinbar selbständige, aber faktisch abhängige Einheiten, Aufbau von Subunternehmerketten, Auftragsvergabe an Selbstständige.

Danach folgen **Leiharbeit** und **Befristung**, die ganz zentralen Elemente der Hartz- Reform. Teilweise wird sogar argumentiert, besonders unschöne Erscheinungsformen dieser Art seien gerade wegen des übermäßigen Schutzes der Dauerbeschäftigten (insider) notwendig geworden, die nicht flexibel genug einzusetzen seien. (Das ist nicht nur EU Argumentation auch internationale Gremien und .Krisensanierungsprogramme in Europa nehmen das auf. Sie setzen auf Reduzierung von dauerhaft Beschäftigten, selbst gegen bestehende nationale Gesetze oder Gerichtsentscheidungen, wie in Griechenland oder auch Portugal.)

1c)

So standen auch am Beginn der rot- grünen Hartz Reform sog. Benchmarking Vergleiche mit andern europäischen Staaten. (aus Helga Spindler, - War auch die Hartz- Reform ein Bertelsmann Projekt ? in Wenicke /Bultmann (Hrg): Netzwerk der Macht- Bertelsmann, BdWi Verlag Marburg 2007, S. 243- 276 mit einem Nachttag 2008 auch bei www.nachdenkseiten.de vom 23.9.2009)

Bereits das Thesenpapier vom 2. Juni 2000: »Aktivierung der Arbeitsmarktpolitik« von der Benchmarking-Gruppe des »Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit« enthält sehr früh viele Elemente der Hartz - Vorschläge unter Verweis auf internationale Vorbilder (das waren damals schon Dänemark, Niederlande, Großbritannien und – noch – die USA, was nach dem Abgang von Bill Clinton für Sozialdemokraten nicht mehr opportun war). Der skizzierte Umstieg auf eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik umfasste die Förderung und den Ausbau der Leiharbeit, die Erstellung von verbindlichen Eingliederungsplänen, einen Einstieg in die private Arbeitsvermittlung sowie die gezielte Förderung neuer Selbständigkeit. Die bisher üblichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und die damit anschließend entstehenden Leistungsansprüche wurden grundsätzlich verworfen. Verstärkter Zwang und Sanktionen bei Arbeitsvermittlung, Beratung und bei Ablehnung zugewiesener Beschäftigung wurden befürwortet.

Die Thesen der Benchmarking - Gruppe bezogen sich auch inhaltlich auf eine Studie, die Stefan Empter und Frank Frick für die Bertelsmann Stiftung zuvor in Auftrag gegeben haben - auf die 1999 in 1. Auflage im Verlag Bertelsmann Stiftung erschienene Studie von Martin Kröger und Ulrich van Suntum: »Mit aktiver Arbeitsmarktpolitik aus der Beschäftigungsmisere? Ansätze und Erfahrungen in Großbritannien, Dänemark, Schweden und Deutschland«. Die Studie enthielt bereits weitgehende Handlungsempfehlungen für die Ausgestaltung künftiger Arbeitsmarktpolitik. Offen wurde z.B. bereits die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und die Überweisung aller längerfristig Arbeitslosen an eine dezentral agierende Fürsorgebehörde gefordert (ebd.: 220f). Die Empfehlungen wurden in den Thesen nicht vollständig, aber doch in vielen gewichtigen Teilen übernommen.

Noch etwas oberflächlich zusammengestückelt erschienen dann bei Bertelsmann 12 deutsche Fallstudien zum Umgang mit arbeitslosen Sozialhilfebeziehern von Bielefeld über den Landkreis Nordhausen und Leipzig bis nach Stuttgart, gefolgt von Studien über Groningen, den US-Bundesstaat Wisconsin bis nach Dänemark, mit folgender Bewertung:

»Dabei orientierten sich die Vorreiter in Deutschland an internationalen Beispielen und wurden damit selbst zu nationalen Vorbildern.« Um dies weiterzuentwickeln habe die Bertelsmann Stiftung diese »nationale und internationale Bestandsaufnahme und Best-Practice-Recherche durchführen lassen« (ebd.: 7). Zu weiteren Zielen der Studie und der Orientierung auf Wisconsin und die Niederlande als Vorbilder, ein Interview mit Frank Frick: »Wir brauchen intelligente Organisationsmodelle mit neuen Anreizstrukturen« (Blätter der Wohlfahrtspflege

Helmut Hartmann, der schon im Februar 2002 in Kurzfassung ein Organisationsmodell der Arbeitsförderung vorlegte und im Juni 2002 ein Exposé zur Arbeitsmarktpolitik in den Niederlanden, das eine sehr anschauliche Beschreibung des als Vorbild favorisierten Centrum voor Werk en Inkomen (CWI) gab, beschreibt später sein Wirken selbst so:

»..., darunter als Hintergrundmaterial für den Bericht der Hartz-Kommission für 15 Staaten kurze Übersichten zur Arbeitsmarktpolitik mit dem Schwerpunkt ›Steuerung‹ und ›Innovationen‹. Die Studien liegen als Anlage zum Bericht der Hartz-Kommission vor und wurden Ende 2002 als gesonderte Publikation von der Bertelsmann Stiftung herausgegeben« (Deutscher Verein 2005).

Am 22.05.2002 fand mit Unterstützung der Bertelsmann Stiftung in Berlin für alle Teilprojekte der Hartz -Kommission ein Benchmarking-Workshop: »Reformen der Arbeitsverwaltung im internationalen Vergleich« statt, in dem Vertreter aus Österreich, Großbritannien, Schweiz und Niederlande ihre Systeme darstellten.

Zu den Sitzungen der Kommission am 27. Mai 2002 und am 21. Juni 2002 sind von Frank Frick zwei Sachverständigenberichte über die Ergebnisse von 5 Länderreisen und den Umbruch in insgesamt 15 Arbeitsverwaltungen in Europa und Übersee nachgewiesen. Das Ganze wurde im Spätjahr 2002 als Broschüre: »Arbeitsverwaltungen im Wandel – Erfahrungen aus 15 Ländern im Vergleich« im Bertelsmann Verlag publiziert. Für mehr visuell eingestellte Menschen produzierte die Bertelsmann Stiftung parallel noch einen Film mit Begleitheft: »Die Arbeitsverwaltung im Umbruch – europäische Impressionen« mit Reportagen aus Großbritannien, Dänemark und Niederlande.

FAZ.NET vom 13. August 2002 (»Hartz-Ideen europaweit im Trend«) berichtete zu diesen Aktivitäten: »Anleihen nimmt das Hartz-Konzept vor allem bei den europäischen Nachbarn Niederlande, Großbritannien, Österreich, Schweiz und Schweden. Die Bertelsmann-Stiftung erstellte im Mai und Juni 15 Länderberichte für die Hartz-Kommission. Das Gremium war ›hellauf begeistert‹, erinnert sich ein Stiftungsmitarbeiter«. Wie sich aus einer anderen Quelle ergibt, hatte die Stiftung auch gleich Studienfahrten an die besagten Orte organisiert.

Die Niederlande waren insofern interessant, als sie früh mit dem Ausbau der Leiharbeit angefangen und einen Teil der Arbeitsvermittlung auf sie verlagert und damit privatisiert hatten. Dies führte auch bei der Hartz Reform zu einem umfangreichen Leiharbeitskonzepten Personalservice Agenturen (PSA)- , die nur wegen der Pleite der größten (niederländischen) Firma Maatwerk vorzeitig wieder eingestellt wurden. Deshalb ist die Beobachtung der Situation der Niederlande so interessant.

Aber:

Es hatten nicht nur niederländische oder dänische Modelle Pate gestanden, sondern insbesondere auch der Blair'sche New Deal. »Druck macht beweglich«, hatte schon 1998 Richard Layard, Professor der London School of Economics den Deutschen empfohlen und auf die Frage nach möglichen Widerständen geantwortet: „Es hängt davon ab, wie man es einführt. Unsere Philosophie in GB war: wir führen das Programm erst für junge Leute ein – weil Arbeitslosigkeit bei jungen Leuten besonders schlechte Angewohnheiten schafft, weil die Öffentlichkeit am meisten dahinter steht und weil die Erfolgsaussichten bei dieser überschaubaren Gruppe besonders groß sind“ (»Druck macht beweglich.« Ein Interview mit dem Vater des New Deal, Professor Richard Layard, DIE ZEIT, Nr. 28 vom 2.07.1998: 20). Der gemeinnützige kommunale Beschäftigungsträger BBJ Servis gGmbH organisierte im Herbst 1998 eine Studienreise für Vertreter der Jugendsozialarbeit nach Großbritannien um Philosophie und Ablauf des New Deal genauer kennen zu lernen.

Die britischen Jobcenter Plus haben erst am 1. April 2002 ihre Arbeit begonnen, die niederländischen CWI Anfang 2002. Es gab nur behördenseitige Selbstdarstellungen aus diesem Bereich, die auch die deutschen Kommissionsmaterialien bestimmten – keine gesicherten Ergebnisse. Einen Hinweis auf die Mindestlohnpolitik in beiden Ländern oder die damals deutlich höheren Quoten von anerkannt Erwerbsunfähigen, die das verstärkte Fordern dort erträglicher erscheinen lassen, vermisst man völlig. Erfahrungen der betroffenen Arbeitslosen selbstverständlich auch.

Am 7. März 2003 veranstalteten die Bertelsmann Stiftung und die Bundesanstalt für Arbeit dann noch eine gemeinsame Fachtagung: »Job Center – die lokalen Zentren für Integration und Beschäftigung«, in der die konkreten Aufbauprobleme diskutiert und in einer gemeinsamen Broschüre festgehalten wurden. Lynda Russel aus Kent/UK, deren Vortrag allerlei sozialtechnokratisches Know-how lieferte, einschließlich des »Mantra der Jobcentres Plus: Arbeit für alle die können, Unterstützung für die, die nicht können« – alles weitere entscheidet der Behördenmitarbeiter. Die Tagung wurde aufgearbeitet in einer gemeinsamen Broschüre: »Job Center. Konzeption und Diskussion der lokalen Zentren für Erwerbsintegration«. Dabei wird nach dem »Work-first«-Prinzip bereits erwogen, die Leistungsanträge erst nach Beratung und nachgewiesenen vergeblichen Arbeitsbemühungen der Arbeitslosen anzunehmen (ebd.: 46) und die Übertragung dieser Praxis auch auf den Arbeitslosengeldbereich angedacht

1 d)

Hier lässt sich unschwer ein europäischer Austausch von wesentlichen Strategien erkennen, der sowohl über Europäische Sozialtechnokraten, als auch über sog best practice Vergleiche ablief.

Ein gutes Beispiel sowohl für die zwischenstaatliche Koordinierung als auch das Spiel über die europäische Bande ist ein letztes Dokument, das Schröder Blair Papier von 1999.(„Der Weg nach vorn für Europa“, ein Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair)

Die deutsche Hartz Reform ist unmittelbar entstanden aus die Kooperation der **europäischen Sozialdemokratie**. Stichwortgeber war Tony Blair, der sich nicht nur auf Berater wie Layard, sondern auch auf Giddens stützen konnte.

Einige Zitate aus diesem Papier [*Unterstreichungen durch die Verf.*]

„In der Vergangenheit wurde die Förderung der sozialen Gerechtigkeit manchmal mit der Forderung nach Gleichheit im Ergebnis verwechselt. Letztlich wurde damit die Bedeutung von eigener Anstrengung und Verantwortung ignoriert und nicht belohnt und die soziale Demokratie mit Konformität und Mittelmäßigkeit verbunden statt mit

Kreativität, Diversität und herausragender Leistung. Einseitig wurde die Arbeit immer höher mit Kosten belastet.“

„Der Weg zur sozialen Gerechtigkeit war mit immer höheren öffentlichen Ausgaben gepflastert, ohne Rücksicht auf Ergebnisse oder die Wirkung der hohen Steuerlast auf Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung oder private Ausgaben [!]. Qualitätsvolle soziale Dienstleistungen sind ein zentrales Anliegen der Sozialdemokraten, aber soziale Gerechtigkeit lässt sich nicht an der Höhe der öffentlichen Ausgaben messen. Der wirkliche Test für die Gesellschaft ist, wie effizient diese Ausgaben genutzt werden und inwieweit sie die Menschen in die Lage versetzen, sich selbst zu helfen.“

„Die Ansicht, dass der Staat schädliches Marktversagen korrigieren müsse, führte allzu oft zur überproportionalen Ausweitung von Verwaltung und Bürokratie, im Rahmen sozialdemokratischer Politik. Wir haben Werte, die den Bürgern wichtig sind - wie persönliche Leistung und Erfolg, Unternehmergeist, Eigenverantwortung und Gemeinsinn - zu häufig zurückgestellt hinter universelles Sicherungsstreben.“

„Allzu oft wurden Rechte höher bewertet als Pflichten. Aber die Verantwortung des einzelnen in Familie, Nachbarschaft und Gesellschaft kann nicht an den Staat delegiert werden. Geht der Gedanke der gegenseitigen Verantwortung verloren, so führt dies zum Verfall des Gemeinsinns, zu mangelnder Verantwortung gegenüber Nachbarn, und einer Überlastung des Rechtssystems.“

„Die Fähigkeit der nationalen Politik zur Feinsteuerung der Wirtschaft hinsichtlich der Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen wurde über-, die Bedeutung des einzelnen und der Wirtschaft bei der Schaffung von Wohlstand unterschätzt. Die Schwächen der Märkte wurden über-, ihre Stärken unterschätzt.“

„Eine aktive Arbeitsmarktpolitik für die Linke

Der Staat muss die Beschäftigung aktiv fördern und nicht nur passiver Versorger der Opfer wirtschaftlichen Versagens sein.“

„Ein Sozialversicherungssystem, das die Fähigkeit, Arbeit zu finden, behindert, muss reformiert werden. Moderne Sozialdemokraten wollen das Sicherheitsnetz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett in die Eigenverantwortung umwandeln. Für unsere Gesellschaften besteht der Imperativ der sozialen Gerechtigkeit aus mehr als der Verteilung von Geld. Unser Ziel ist eine Ausweitung der Chancengleichheit“

„Die Menschen verlangen zu Recht nach hochwertigen Dienstleistungen und Solidarität für alle, die Hilfe brauchen - aber auch nach Fairneß gegenüber denen, die das bezahlen. Alle sozialpolitischen Instrumente müssen Lebenschancen verbessern, Selbsthilfe anregen, Eigenverantwortung fördern.“

„Zeiten der Arbeitslosigkeit müssen in einer Wirtschaft, in der es den lebenslangen Arbeitsplatz nicht mehr gibt, eine Chance für Qualifizierung und persönliche Weiterbildung sein. Teilzeitarbeit und geringfügige Arbeit sind besser als gar keine Arbeit, denn sie erleichtern den Übergang von Arbeitslosigkeit in Beschäftigung. Eine neue Politik mit dem Ziel, arbeitslosen Menschen Arbeitsplätze und Ausbildung anzubieten, ist eine sozialdemokratische Priorität - wir erwarten aber auch, dass jeder die ihm gebotenen Chancen annimmt.“

Das System der Steuern und Sozialleistungen muss sicherstellen, dass es im Interesse der Menschen liegt, zu arbeiten. Ein gestrafftes und modernisiertes Steuer- und Sozialleistungssystem ist eine wesentliche Komponente der aktiven, angebotsorientierten Arbeitsmarktpolitik der Linken. Wir müssen dafür sorgen, dass sich Arbeit für den einzelnen und die Familie lohnt.

„Arbeitgeber durch den gezielten Einsatz von Subventionen für geringfügige Beschäftigung und die Verringerung der Steuer- und Sozialabgabenlast ermutigen, "Einstiegsjobs" in den Arbeitsmarkt anzubieten. Wir müssen ausloten, wie viel Spielraum es gibt, die Belastung durch Lohnnebenkosten ... zu senken; gezielte Programme für Langzeitarbeitslose und andere Benachteiligte auflegen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, sich unter Beachtung des Grundsatzes, dass Rechte gleichzeitig auch Pflichten bedingen, wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren;

„Je reibungsloser der Arbeitsmarkt und die Produktmärkte funktionieren, desto leichter wird die Anpassung gelingen. Beschäftigungshindernisse in Sektoren mit relativ niedriger Produktivität müssen verringert werden, wenn Arbeitnehmer, die von den mit jedem Strukturwandel einhergehenden Produktivitätszuwächsen verdrängt wurden, anderswo Arbeit finden sollen. Der Arbeitsmarkt braucht einen Sektor mit niedrigen Löhnen, um gering Qualifizierten Arbeitsplätze verfügbar zu machen.“

Das war und ist ein sozialdemokratisch gesamteuropäisches Projekt, das weder von den Sozialdemokraten und noch weniger von den Sozialtechnokraten in Europa infrage gestellt wird, Zugrunde liegt ein unerschütterlicher Glaube in die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Flexibilisierung der Märkte und Marktteilnehmer (*und dort vor allem der Beschäftigten*), der die Hartz- Reformer so sicher machte. Dabei wird zwar angeknüpft an Aufgaben, die soziale Beschäftigungsförderung schon immer hatte, aber dabei Arbeitsmarkteingliederung als einziges Ziel verabsolutiert und die Zielsetzung ein menschenwürdiges Lebens zu ermöglichen und da einzugreifen, wo der Markt Armut produziert und Arbeitskraft ausbeutet, ausdrücklich aufgegeben. Das liefert z.B. auch eine Erklärung, warum etwa die Griechen und die europäischen Eliten so aneinander vorbeireden, wenn sie über Verbesserung der sozialen Bedingungen reden. Die einen meinen damit Wettbewerbsfähigkeit, Entlassungen und Niedriglöhne, die andern Mindestsicherungsprogramme für Existenz und Gesundheit.

Wir müssen Europa nicht vor uns warnen, - vielleicht allenfalls die Franzosen- , wir müssten uns erst einmal vor Europa warnen. Und vor Großbritannien, Niederlande oder Dänemark..., von Ungarn nicht zu sprechen.

Auch manche Langzeitarbeitslosenprogramme wie etwa in Baden- Württemberg sind das Ergebnis solchen Denkens, indem vor allem Plätze in der Privatwirtschaft gefördert werden. Das ist nicht grundsätzlich falsch, aber wenn gleichzeitig die Förderung besonders benachteiligter Gruppen in gemeinnützigen Beschäftigungsfirmen eingestellt wird , dann schon. In Großbritannien plant man gerade noch einen Schritt weiter zu gehen, und die Lohnzuschüsse für die zahlreichen Niedrigverdiener einzustellen und gleichzeitig die Mindestlöhne so anzuheben, dass die Existenzsicherung ganz an die Privatwirtschaft zurückverlagert wird, die man hier in ihren Fähigkeiten weit überschätzt.

2. Europäische Grundsicherungspolitik

Aber ein Gebiet bleibt noch, wo wir Europa etwas zu bieten hätten: die **soziale Existenzsicherung** durch die Hartz IV- Geldleistungen und finanzielle Ansprüche darauf. Auch wenn wir darüber recht umfangreich streiten (können), dieses System ist in Deutschland als Erbe der Sozialhilfe noch vergleichsweise weit entwickelt. Könnten wir das in Europa empfehlen, vor allem in den Ländern, in denen die Bürger heute noch ins Bodenlose stürzen, wenn sie keine Arbeit haben. ? Das Schröder Blair Papier enthält dazu nichts , überhaupt nichts, außer einigen abwertenden Bemerkungen über Rechte statt Pflichten

Grundsicherung ist im EU -Gerüst kein Koordinierungsbereich, sie unterliegt der Methode der offenen Koordinierung. Die Union „kann“ „Initiativen zur Koordination der Sozialpolitik der Mitgliedstaaten ergreifen“ , muss aber nicht (Lissabon Vertrag). Es ist Sache der Mitgliedstaaten „ Grundprinzipien ihres Systems der sozialen Sicherheit festzulegen“. Und die Staaten und ihre Armutsregimes weichen sehr stark voneinander ab, was eine Koordinierung auch schwer machen würde. Trotzdem gibt es natürlich unterschwellige, indirekte Annäherungen und die sind leider nicht ermutigend. Denn die EU hat da doch schon sehr festgelegte Vorstellungen.

Grundsicherung, Fürsorgesysteme sind von einer gewissen Wirtschaftskraft und einem Staatsverständnis und einem funktionierenden Verwaltungsapparat abhängig und auch vom Zustand der übrigen Wirtschaft.

Ein guter Einstieg wäre deshalb eine bessere, EU- weite Sicherung durch existenzsichernde Mindestlöhne. Dazu haben wir einen recht breiten Überblick. Mindestlöhne gibt es viele in Europa- aber existenzsichernd sind die wenigsten. Und Krisenprogramme setzen als erstes bei der Senkung von Mindestlöhnen an (Irland, Griechenland), der Respekt vor ihnen ist also offenbar auch nicht sehr hoch. Als zweiter Schritt würde die Existenzsicherung durch Sozialeinkommen folgen, bei Alter, Krankheit, Behinderung und Arbeitslosigkeit. Da wissen wir noch weniger. Das wäre ein Anfang.

Grundsicherung durch Arbeit ist aber über weite Strecken auch davon abhängig , dass im öffentlichen, sozialen und Gesundheitsbereich Arbeitsplätze geschaffen werden, die existenzsichernd sind. Da sind die europäischen Schotten schon dicht.

Statt dessen Privatisierungs- und Wettbewerbswahn. Statt es selbst zu machen, sollen die Länder möglichst alles europaweit ausschreiben und privatisieren. Gemeinnützige Unternehmen werden eher nicht gefördert, stehen immer mit einem Bein vor dem Vorwurf verbotener Beihilfe.

Nicht existenzsichernde Werkverträge vor allem grenzüberschreitende müssten unterbunden werden. Aber, da gibt es die ganz hoch gehandelte Dienstleistungsfreiheit. Jeder soll sich zu Dumpingpreisen verkaufen dürfen. Auch hier Fehlanzeige in Europa. Jetzt beginnt man bereits Honorarordnungen für Selbständige auf den Prüfstand zu stellen- weil Mindesthonorare angeblich ein Wettbewerbshindernis darstellen.

Nun ist Europa ist zwar nicht für etwas Genaues, aber immerhin gegen etwas, **nämlich gegen Armut.**

Ist Europa gegen Armut ? Es scheint so.

Relativ großzügig ist die allgemein verwendete statistische Armutsgrenze von 60 % vom mittleren Einkommen der Gesamtbevölkerung, die man versucht europaweit zu erfassen.(EU-SILC). Aber, erfassen ist das eine. Mit welchen Instrumenten sie bekämpft werden soll, ist etwas ganz anderes. Erinnern Sie sich noch an **das Jahr 2010** ? Das war das **europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung**. Die Kommission meinte, das gehöre zu den wichtigsten Zielen der EU und ihrer Mitgliedstaaten..

Es gab 40 Projekte, allein in Deutschland und 750 000 Euro. „Mit neuem Mut“ hieß es und sollte „die Wahrnehmung der Öffentlichkeit und der Medien für vielfältige Formen der Armut und Ausgrenzung stärken“, Ministerin v.d. Leyen ist durch einen mehrminütigen Auftritt in einem Obdachlosenchor aufgefallen. Die Projekte waren Strohfeuer, die nichts hinterlassen haben. Jedenfalls keine systematisch dauerhaft wirkenden Ansprüche oder Sicherheiten, gar Existenzsicherung oder höhere Regelsätze. Die wurden nämlich gleichzeitig von Frau v.d. Leyen heruntergerechnet.

Ein weiteres Programm: **Europa 2020**. Bis 2020 soll die Zahl der armen Menschen um mindestens 20 Millionen verringert werden. Die Mitgliedsstaaten haben allerdings das Recht, ihre nationalen Ziele festzusetzen, die sich auf nur einen von drei Indikatoren beziehen müssen: a) Senkung der Armutsgefährdungsrate, oder b) Veränderungen im Index der materiellen Deprivation (da geht es um Faktoren wie den Besitz von Kühlschränken, Autos, Internetanschluss oder Urlaubsreisen) oder: c) Senkung des Prozentsatzes von Menschen in Haushalten mit geringer Erwerbsbeteiligung. Die Bundesregierung hat sich des Themas 2010/11 intensiv angenommen. Sie hat sich allerdings nicht vorgenommen, die Armutsgefährdungsrate senken. Aber sie hat mutig versprochen, die Zahl der Langzeitarbeitslosen bis 2020 um 330 000 Personen zu senken und damit bis zu 660 000 Menschen in „Haushalten mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung“ zu erfassen. Ob die aber nachher genauso arm oder ärmer sind, das ist für das Erreichen dieses Ziels völlig unwichtig. Man hätte ja auch zusagen können, Hartz IV- Leistungen für alle, oder nur für Kinder und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zu erhöhen, oder auch nur den Kinderzuschlag höher und unbürokratischer zu gestalten, oder das Bafög vernünftig zu erhöhen, um Bildung einfacher zu machen usw., usw. Hat man aber nicht, und die Bundesregierung soll sich im Hintergrund auch sehr dafür eingesetzt haben, dass nicht etwa nur die Senkung der Armutsgefährdungsrate zum Indikator wird.

Über den Indikator der Senkung von geringer Erwerbsbeteiligung wird wieder die Endlosschleife gelegt zur Beschäftigungspolitik, die in Europa betrieben wird (siehe oben unter 1.) und wie man sieht von Deutschland besonders über die europäische Bande vertieft wird. Und niemand hat protestiert.

2011 ist dann noch ein ambitionierter **europäischer Hilfsfond für die „am stärksten von Armut betroffenen Menschen“ in Europa** mit 3,5 Milliarden Euro ausgestattet worden. Zwischendurch sollte er noch etwas gekürzt werden, aber alle haben wie die Löwen gekämpft, ihn beizubehalten. Worum geht es dabei ? Hauptsächlich um Nahrungsmittelverteilung und vergleichbare materielle Grundversorgung. Er soll im wesentlichen die Aufgabe übernehmen, das ehemalige Nahrungshilfeprogramm zu ersetzen, das geschaffen wurde, um den bestmögliche Nutzen von Nahrungsmittelüberschüssen in der EU zu gewährleisten, die durch die gemeinsame Agrarpolitik entstanden sind. Eine echte Win- Win Situation ! Viele Fachleute in Deutschland, wie der Deutsche Verein, haben sich zunächst noch gegen die Übernahme gewehrt, weil wir eines der wenigen Länder sind, die ein Grundsicherungssystem haben, das die Versorgung mit Nahrungsmitteln durch weniger entwürdigende Geldleistungen gewährleisten soll. Aber da brechen jetzt die Dämme, schließlich kann man das Geld vor allem in den Städten mit vielen Armutszuwanderern aus der EU gut gebrauchen.

Tafel Speisungen europaweit- das ist der letzte Schrei der Armutspolitik in Europa. Und das ist, wie die Tafelkultur überhaupt, wieder vollkommen kompatibel mit neoliberalen Konzepten- „Foodstamps“ für die Ärmsten, ein Programm der Disziplinierung und Demütigung, das auch der letzte Neoliberale unterstützen kann- am liebsten kombiniert mit Workfaremodellen, die auch auf dem Vormarsch sind (Großbritannien und wohl auch

Niederlande) und helfen Dienstleistungen für die öffentliche Infrastruktur erheblich zu verbilligen ,festangestelltes Personal überflüssig zu machen und den schlanken Staat zu befördern.

Ein kleines Beispiel für die wohl auch noch gedankenlos unterstützte Linie der Politik: Gerade sollte eine griechische Klinik, die ehrenamtlich in über 40 000 Fällen kostenlos behandelt hat, vom Europäischen Parlament mit einem „European Citizen Award“ geehrt werden. Der Leiter der Klinik, Giorgos Vichas, hat diesen Preis, der aparterweise nicht mit Geld dotiert ist, empört abgelehnt. „Sie geben uns den Preis , weil wir das Elend lindern und fordern gleichzeitig die Umsetzung von Maßnahmen, die Griechenland vom Elend in die Vernichtung treiben.“ Zum Vergleich: Deutschland sieht wenigsten in den meisten Fällen beim Grundsicherungsbezug eine Krankenversicherung vor, - allerdings mit zu niedrigen Beiträgen abgesichert, die das gesamte Krankenversicherungssystem und die Beitragszahler stark unter Druck setzen um den Einsatz von Steuermitteln gering zu halten.

Ist Europa doch gegen Armut, weil es wenigstens für die Freizügigkeit der Armutszuwanderer in die wenigen Länder mit Rechtsansprüchen auf Existenzsicherung ist?

Auch hier bin ich skeptisch. Die wirklich unklare Rechtslage in diesen Bereichen vertieft die Spaltung und auch die Abwehrhaltung gegen europäische Zuwanderung in Ländern mit besseren sozialen Systemen, führt zur Belastung der Systeme. Wieder die rot –grüne Regierung hat da 2004 mehr als fahrlässig und nachlässig verhandelt und die Richtlinien lassen sich angeblich nicht mehr ändern. Das wird dann im nächsten Schritt mit Leistungsabbau für alle beantwortet , wogegen wiederum niemand in der Union etwas hat. Frau Reding, ehemalige Kommissarin für Justiz, die glaube ich jetzt zur Bertelsmann Stiftung gewechselt ist, hat es einmal so ausgedrückt; „Wenn nationale Sicherungssysteme zu großzügig sind, dann ist das Sache der Mitgliedstaaten das zu ändern.“ (Helga Spindler - Warum ist eigentlich die Zuwanderung direkt in ein soziales Fürsorgesystem in Europa und in Deutschland so unklar und missverständlich geregelt ? www.nachdenkseiten.de vom 18.3.2014)

Überhaupt, die Haltung zur Armutsbekämpfung und sozialer Grundsicherung kann man eigentlich am besten in Krisenfällen erkennen.

Europas Krisenstrategien sehen anders aus, wie man etwa an Griechenland erkennt: Erzwungene Entlassungen, ohne Aufbau von irgendeinem Mindestsicherungssystem und wohl wissend, dass noch nicht einmal eine längerfristige Arbeitslosenversicherung bestanden hat. Rentenkürzungen werden vorgeschrieben, ohne Mindestsicherungsgrenzen zu beachten, Sogar die Absenkung der Mindestlöhnen von Arbeitenden wird gut geheißt, was für mich einer der größten Skandale war.

Dieses Europa ist bisher keine Region der sozialen Sicherheit oder sozialen Fortschritts.

Was tun ?

Man muss nichts Neues erfinden, aber realistisch die bestehenden Systeme in Europa auf ihre Tauglichkeit und Stärken und Schwächen prüfen und den andern Staaten und ihren Bürgern vorstellen, ohne dass nur Interessengruppen oder Stiftungen einseitig für ihre Konzepte Werbung machen. Welches System in Europa würde infrage kommen,- Österreich, Luxemburg, Frankreich, Niederlande Dänemark oder gar Deutschland mit Hartz IV und Sozialhilfe, was mit Rechtsansprüchen und Gerichten in vielen Ländern immer noch ein Fortschritt wäre ? Aber hat jemand bisher einen deutschen Politiker gehört, der in Griechenland die Einführung von Hartz IV gefordert hätte, obwohl das doch angeblich so erfolgreich ist?

Wie wollen wir mit der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik umgehen ? Gäbe es nicht sinnvollere Hilfen, um reguläre Arbeit aufzubauen und zu bezahlen, als Ein -Euro -Jobs, Bürgerarbeit, ständige Begutachtung von Minderleistern oder Workfare ? Wie hoch soll der Anteil an regulär Beschäftigten im öffentlich organisierten sozialen , Gesundheits- oder Ordnungs- und Reinigungsbereich oder im Landschaftsbau sein ?

Es ist uns womöglich sehr unangenehm, aber wir müssten uns nach einem gewissen Austausch in Europa auf ein oder mehrere Vorbildmodelle einigen, deren Nachahmung empfohlen und gefördert wird.

Was sind die Mindestanforderungen an Europa auf Ausbau von Anti- Armutsprogrammen, flächendeckend wirkenden Mindestsicherungssystemen ?

Wie kann arbeitsrechtlich verhindert werden, dass nationale Tarifsysteme durch grenzüberschreitende Ausschreibungen unterhöhlt werden ? Es geht nicht nur um Sicherung von Mindestlöhnen, die beileibe nicht alle auch nur für eine Person existenzsichernd sind. Brauchen wir ein Vergabesystem, das nach wie vor keine wichtigen sozialen Voraussetzungen und regionale Bezüge enthalten darf und zur Flucht in ein Subunternehmersystem geradezu ermuntert ?

Wie überwinden wir das Dilemma, dass sich Regierungen in den heimatlichen Hauptstädten und Parlamenten nicht dazu bekennen müssen, dass sie in Brüssel oft ganz anders agieren, um sich dann hinter einer europäischen Vorschrift verstecken zu können, die sie in Wirklichkeit maßgeblich mitgestaltet haben ?

Europa schafft im Moment nicht viel befriedigende Arbeit, macht aber richtig viel Arbeit.